

Wenn eindeutig dasteht, daß es Sache der Länder ist, das einzuführen, dann kann man doch nicht von „sofortig“ reden. Ich weiß nicht, welche Zeitbegriffe Sie haben, aber ich denke, daß dadurch, daß diese Gesetzesvorlage Sie in ordentlichem Verfahren erreicht und Sie Ihre Entscheidung treffen können, auch die Konzeption ganz deutlich wird, die wir haben; denn Konzeptionslosigkeit lasse ich mir nicht gern vorwerfen. Die Konzeption ist in juristischer Übersetzung in diesem Gesetzentwurf enthalten und besteht darin, daß wir zwei Forderungen entsprechen und einen Kompromiß finden müssen, einmal der Föderalisierung, die aus rechtlichen Gründen unabweisbar ist, wenn man nach Artikel 23 des Grundgesetzes beitreten will, und auf der anderen Seite der Forderung, daß - und das ist sicher im Interesse unserer DDR-Medien - der zentrale Komplex der Rundfunk- und Fernseharbeit nun nicht zerschlagen wird - diese Vokabeln kommen aus einer anderen Richtung, sie kommen nicht aus unserem Hause -, sondern daß diese Kapazitäten erhalten und gepflegt werden und im Interesse der Bürger weiter die Rundfunkarbeit mit tragen, auf einer eindeutig föderalen Grundlage, aber gemeinsam verantwortet.

Zur Weiterführung der zentralen Programme: Mit Sicherheit wird auf der neuen Basis, die wir vorschlagen - die Einzelheiten können wir ja dann bei der Gesetzesbringung erörtern - der Fernsehfunk seine Programme DFF1 und DFF 2 im nächsten Halbjahr weiter abstrahlen.

(Zurufe bei der PDS: Das ist ja toll! - Und danach?; Weiterer Zuruf: Sachsen 3!)

Wenn man einem föderalistischen Prinzip das Recht gibt, sollte man nicht alle Räume verbauen. Das ist dann wirklich die Kompetenz der Länder und ihrer Mediengesetzgebung. Das Überleitungsgesetz, das wir Ihnen vorlegen, bestreicht diesen Raum zwischen der jetzt noch unter zentralen Gesichtspunkten stehenden Rundfunkarbeit. Und dann, wenn die Länder in der Lage sind, ihre Medienhoheit selber wahrzunehmen ...

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Wenn Sie einen Moment noch warten, es kommen sicherlich noch mehr Fragen.

(Heiterkeit bei der PDS)

Wenn ich das Stichwort „zweites Halbjahr“ genannt habe, dann sind Ihnen sicherlich auch die Finanzprobleme vor Augen, wie Sie ja auch in der Lage sein müssen, dann in einer Haushaltsdebatte die Finanzprobleme hier zu behandeln. Da werden Sie ja dann die endgültige Entscheidung dann auch haben, wie es da aussieht.

Es ist klar, daß der Rahmen eng gesteckt ist. Wir haben als Medienministerium nicht die Möglichkeit, in die Rationalisierungskonzeptionen der Anstalten hineinzuregieren. Uns unterstehen diese Medien nicht. Das ist der Medienbeschluß vom Februar. Wir stellen allerdings fest, daß es bei der Betrachtung manchmal schon voreilig zu Aussagen kommt, zu Kündigungsansagen, und auch dazu, daß man sie entgegennimmt. Hier muß in den Institutionen sicher noch sehr stark gearbeitet werden. Wir selber sehen unsere Aufgabe darin, uns solidarisch zu zeigen, indem wir zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten erschließen, Kredite mit abdecken, politisch abdecken, die hier helfen können. Vor allem aber geht es darum, daß wir bereit sind, die politische Verantwortung für eine Gebührenerhöhung zu übernehmen. Das ist ja nicht nur ein Spaß; denn man macht sich damit nicht populär. Es ist auch nicht gerade eine günstige Wahlkampfunterstützung. Aber wir meinen, diese Solidarität unseren Medien schuldig zu sein, indem wir diese Gebührenerhöhung unterstützen. Ich habe die Hoffnung, daß auch Sie, wenn diese Frage in aller Kürze schon zu entscheiden ist, solidarisch mit den Medien sind.

Die Frage der öffentlichen Diskussion, die im Medienbeschluß der Volkskammer gefordert ist, ist uns sehr deutlich. Dazu bekennen wir uns auch. In der Enge der Zeit schien es uns nötig zu sein oder die beste Form zu sein, daß man eine Anhörung anbietet. Wir hätten sie gern gewissermaßen in unserem Zeitfonds an-

geboten. Dann waren wir aber der Meinung, daß es der Intention auch entsprechen könnte, wenn der Volkskammerausschuß für Presse und Medien diese Anhörung anbietet. Das sollte so oder so auf jeden Fall geschehen; denn es ist klar, daß in den Medienfragen die Öffentlichkeit eine besondere Rolle spielt. Ich würde es auch ablehnen, daß hier im Hintergrund etwas geschieht, wovon man dann nur mal zufällig oder gar nicht etwas wahrnimmt. Die Öffentlichkeit ist auch in den Medien und den Dingen, die die Medien angehen, herzustellen. - Vielleicht soviel.

Ich darf noch dazu sagen, daß wir, wenn wir ein Gesetz vorlegen, nicht hinter den Stand bundesrepublikanischer Gesetzgebung zurückgehen. Ich bitte nur, in der Beurteilung dieser Frage auch zu berücksichtigen, daß bundesdeutsche Schulen vielleicht auf unserem Territorium dann in der Diskussion einen Stellvertreterkrieg austragen. Aber Sie können sich von der Solidität der Texte dann durchaus selber überzeugen.

Sie werden sich auch davon überzeugen können, daß es uns im Prinzip um Staatsferne geht. Aber es ist deutlich, daß im Übergang von einem zentralistischen, staatsnahen und staatsgeleiteten, regierungsgeleiteten Medium zu einem offenen, eigenständigen, unabhängigen Medium noch Probleme des Übergangs bestehen und es darauf ankommt, was das Ziel ist und wie der Effekt ist. Und darüber tauschen wir uns gern mit Ihnen aus.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich sehe vier Zwischenfragen. Vielleicht fangen wir in der Mitte an und gehen dann nach außen. Bitte schön!

Frau Wegener (PDS):

Herr Minister, was konkret unternehmen Sie, um auch in Zukunft zu sichern, daß das Sandmännchen auf unserem Territorium landesweit - möchte ich formulieren - empfangen werden kann? Ich frage stellvertretend für alle die, die hier nicht fragen können.

(Heiterkeit und Unruhe)

Dr. Müller, Minister für Medienpolitik:

Ich will Ihnen wirklich das Sandmännchen nicht entziehen und werde ein gutes Wort dafür einlegen.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Dr. Keller (PDS):

Herr Minister, ich habe bestimmt irgend etwas versäumt, deshalb erlaube ich mir die Frage: Wann und wo haben Sie öffentlich für die Bevölkerung dieses Landes protestiert, als Sie gehört haben, daß zwei Rundfunksinfonieorchester und zwei Rundfunkchöre von europäischem Format gekündigt werden soll?

Dr. Müller, Minister für Medienpolitik:

Ich habe mich natürlich erkundigt, was hinter der Meldung, die ich auch erst in der Zeitung gelesen habe, steckte. Deshalb wußte ich, daß diese Kündigung nicht ausgesprochen worden war und daß sie auch wieder zurückgenommen werden würde. Da hatte ich dann keinen Grund mehr zu protestieren. Ich habe mich also erkundigt.

Die Kündigung ist noch nicht ausgesprochen. Vor Herbst ist das gar nicht möglich. Das ist eben die übliche Unruhestiftung, die in den Zeitungen gemacht wird.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und Liberalen)

Herr Klein, der Chef beim Rundfunk, hat in einer Gewerkschaftsversammlung gesagt: Dann muß gekündigt werden, frü-